

Beschluss des Stadtparteitages am 26.09. 2020

Unsere Welt ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher geworden. Im Gegenteil, auch Deutschland hat nicht im Geringsten dazu beigetragen das Zusammenleben der Völker auf unserem Planeten friedlicher zu gestalten. Die Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen in der Welt wird schon wieder zur Normalität in der Gesellschaft, nur nennt man das heute „Verantwortung übernehmen“. Das in diesem Jahr geplante, bisher größte NATO-Manöver „Defender 2020“ sollte deutsche Soldaten wieder an die „Ostfront“ bis 100 km vor Sankt Petersburg (Leningrad) führen. Da waren deutsche Soldaten schon einmal. Über deutsche Straßen und Schienenwege sollen wieder Panzer und anderes Kriegsgerät gen Ost rollen. Auch die Bundeswehr-Kaserne in Burg in unserer unmittelbaren Nähe, ist als logistische Drehscheibe wichtiger Teil dieser Drohkulisse gegenüber Russland.

1. Als Mitglieder der Partei DIE LINKE, der einzigen Partei im Bundestag, die konsequent und geschlossen gegen Kriege und Androhung von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung auftritt, verurteilen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen, wie in Syrien sowie Waffenexporte in Krisengebiete.
2. Der friedenspolitische Grundkonsens entsprechend dem Erfurter Programm ist für uns nicht verhandelbar. Das ist für uns eine Frage der Glaubwürdigkeit unserer Partei DIE LINKE und daher auch der Auftrag an unsere Delegierten zum Bundesparteitag im Oktober.
3. Wir unterstützen Initiativen der Friedensbewegung. Das betrifft die Bürgerinitiative „Offene Heide“ genauso, wie kirchliche Kreise und andere Vereinigungen. Durch unsere Teilnahme an friedenspolitischen Aktivitäten, wie u.a. dem Weltfriedenstag am 1. September und den jährlichen Ostermärschen, senden wir ein möglichst starkes friedenspolitisches Signal in die Zivilgesellschaft.
4. In der Unterstützung und Solidarität mit „Fridays for Future“ machen wir deutlich, dass Umweltzerstörung Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen befördert.
5. Die LINKE unterstützt daher jede Initiative und wird wenn nötig selbst aktiv:
 - die darauf abzielt die US- amerikanischen Atomwaffen und ihre Trägersysteme aus Deutschland abzuziehen, besser noch diese gänzlich außer Betrieb zu nehmen.
 - welche sich gegen die Beschaffung von Trägerflugzeugen zur Sicherstellung der „atomaren Teilhabe der Bundeswehr“ richtet, da diese nur der Rüstungslobby in den USA und keineswegs dem vermeintlichen Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland dient.
 - die eine Erhöhung der Rüstungsausgaben im Rahmen der NATO kompromisslos ablehnt.
 - zur schrittweisen deutlichen Senkung und letztendlich gänzlich Einstellung von Rüstungsexporten der Bundesrepublik dienen. Dazu sind langfristige Konzepte zur Umstellung auf eine zivile Produktion zu entwickeln, um dem immer wieder bemühtem Argument der Arbeitsplatzsicherung zu begegnen.
 - die jede Bestrebung, die NATO durch ein System der kollektiven Sicherheit unter Einbeziehung Russlands zu ersetzen.
 - gegen Bundeswehrwerbung in Bildungseinrichtungen (städtisches Hausrecht wo möglich) für die Umsetzung von Beschlüssen der Organisation „Mayor for Peace“ für die Verbreitung des Magdeburger Friedensmanifests.

6. DIE LINKE. missbilligt die Verwendung des Namens der Stadt Magdeburg für eine Korvette der deutschen Marine.
7. DIE LINKE. strebt auch eine noch stärkere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften zum Thema Frieden an.
8. Der Stadtvorstand wird darauf achten; zu bekannten Friedensfeiertagen bzw. Antikriegsaktionen, möglich Bündnisse zu stärken, wo nötig eigene Initiativen zu entwickeln, um mehr Friedensaktivität in die Stadt zu bringen.
9. Der Stadtparteitag ruft die Mitglieder auf sich stärker in der Friedenspolitik zu engagieren und sich an die hier bereits aktiven Genossen zu wenden.

